

Fragen

für die Fragestunde der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. Januar 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	50, 51	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	15, 47
Aumer, Peter (CDU/CSU)	9	Mörseburg, Maximilian (CDU/CSU)	11
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 30	Nacke, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	10
Biadacz, Marc (CDU/CSU)	6	Oellers, Wilfried (CDU/CSU)	16, 46
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	7, 37
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	43, 44	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	45, 54
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	20, 21
Ferschl, Susanne (DIE LINKE.)	22, 23	Renner, Martina (DIE LINKE.)	24, 53
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	26, 27	Röwekamp, Thomas (CDU/CSU)	33, 34
Görke, Christian (DIE LINKE.)	40, 41	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	29
Höchst, Nicole (AfD)	28, 49	Schattner, Bernd (AfD)	31, 32
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	25, 48	Schimke, Jana (CDU/CSU)	8
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	5, 42	Schmidt, Eugen (AfD)	52
Klein, Ottilie, Dr. (CDU/CSU)	13, 14	Stracke, Stephan (CDU/CSU)	3, 4
Knoerig, Axel (CDU/CSU)	38, 39	Straubinger, Max (CDU/CSU)	12
		Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	18, 19

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die aus der Ukraine gekommenen Menschen schnellstmöglich in Arbeit zu bringen, und welche Zielsetzung diesbezüglich verfolgt die Bundesregierung?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was sind nach Ansicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales die drei ausschlaggebendsten Gründe für den aktuell in Deutschland vorherrschenden Fachkräftemangel, und welche konkreten Maßnahmen gedenkt der Bundesminister, hiergegen in die Wege zu leiten?
3. Abgeordneter
Stephan Stracke
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung die Abwanderung von Fachkräften verhindern?
4. Abgeordneter
Stephan Stracke
(CDU/CSU) Wie viel Prozent der Menschen, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, sind nach Kenntnis der Bundesregierung drei Jahre nach der Antragstellung immer noch auf den Bezug von Sozialleistungen zum Lebensunterhalt angewiesen (bitte differenziert nach dem Geschlecht und den größten fünf Herkunftsländern aufschlüsseln)?
5. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD) Wie viele Personen aus dem Kreis der seit 2015 bis heute nach Deutschland Zugewanderten (ohne Flüchtlinge aus der Ukraine) befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in einem Arbeitsverhältnis, für das regelmäßig eine qualifizierte Berufsausbildung vorausgesetzt wird, und wie viele Personen aus diesem Kreis befinden sich derzeit in einem Arbeitsverhältnis, für das regelmäßig ein abgeschlossenes Studium vorausgesetzt wird?
6. Abgeordneter
Marc Biadacz
(CDU/CSU) Welche konkreten und pragmatischen Vorhaben plant die Bundesregierung, um die Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten zu beschleunigen, und mit welchen zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen ist das verbunden?

7. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wird der Bundesminister für Arbeit und Soziales konkrete Maßnahmen, wenn ja, welche, bis zum Ende der 20. Wahlperiode forcieren, um vor dem Hintergrund des derzeit abermals diskutierten Problems des Fachkräftemangels, einer weiteren aus meiner Sicht überhandnehmenden Abwanderung von Fachkräften aus Deutschland entgegenzuwirken (vgl. www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/arbeitsmarkt-fachkraefte-abwanderung-100.html und www.merkur.de/wirtschaft/arbeitsmarkt-rente-deutschland-heil-fachkraeftemangel-uc-60-rente-alter-umfrage-fruehrente-spd-91982674.html, jeweils zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2022)?
8. Abgeordnete
Jana Schimke
(CDU/CSU)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, die Ressourcen der Zeitarbeitsunternehmen bei der Fachkräfteeinwanderung zu nutzen, oder plant die Bundesregierung weiterhin Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gemäß § 40 Absatz 1 Nummer 2 des Aufenthaltsgesetzes, der Fachkräften aus einem Drittstaat einen Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung verwehrt, sofern diese einen Arbeitsvertrag mit einem Zeitarbeitsunternehmen vorlegen, vorzuenthalten?
9. Abgeordneter
Peter Aumer
(CDU/CSU)
- Inwiefern gibt es Einbußen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit durch die Kürzungen im Eingliederungstitel (bitte die konkreten Stellen angeben), und wie wirken sich diese Kürzungen konkret auf die Vermittlung in Arbeit aus, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften durch die geflüchteten Ukrainer stark angestiegen ist?
10. Abgeordneter
Dr. Stefan Nacke
(CDU/CSU)
- In welcher Weise fühlt sich die Bundesregierung angesichts der demographischen Entwicklung und des zunehmenden Reformdrucks auf das gesetzliche Rentensystem an die gemeinsam von Politik, Sozialpartnern und Wissenschaft ausgehandelten Empfehlungen der Rentenkommission Verlässlicher Generationenvertrag unter Führung von Karl Schiewerling und Gabriele Lösekrug-Möller verpflichtet bzw. gebunden, und wann wird die Bundesregierung auf die Opposition mit einem Gesprächsangebot zugehen, um einen überparteilichen Rentenkonsens für eine substanzielle Rentenreform für die nächsten Jahrzehnte – wie damals Ende der 1980er Jahre – herbeizuführen?

11. Abgeordneter
Maximilian Mörseburg
(CDU/CSU) Welche konkreten Änderungen im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung plant die Bundesregierung, um das von Bundeskanzler Olaf Scholz benannte Ziel eines längeren Verbleibs älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben zu erreichen?
12. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge, und wann ist mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zu rechnen?
13. Abgeordnete
Dr. Ottilie Klein
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung konkret seit dem 18. November 2022 unternommen, um die Bundesländer zum Beitritt der Stiftung zur Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer zu bewegen und betroffene Personen über die Möglichkeit, Leistungen aus dem Fonds zu erhalten, zu informieren?
14. Abgeordnete
Dr. Ottilie Klein
(CDU/CSU) Warum wurde im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Altersarmut nicht erwähnt, und warum wurden die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner zunächst bei den Entlastungspaketen nicht berücksichtigt (Antwort bitte begründen)?
15. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Wie viele Bundesbürger leben nach Eintritt in die Regelaltersrente unterhalb der Armutsgrenze, und wie viele Rentner sind prozentual von Armut betroffen (www.dw.com/de/altersarmut-in-deutschland-steigt/a-53318061)?
16. Abgeordneter
Wilfried Oellers
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung die Vorgaben des Bundesarbeitsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Arbeitszeiterfassung gesetzgeberisch so umsetzen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden und Vertrauensarbeitszeiten möglich bleiben?
17. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung mehrerer Verbände, dass die realen Stromkosten trotz Strompreisbremse ca. 25 Prozent über der im Bürgergeld-Regelsatz dafür vorgesehenen Pauschale liegen (www.n-tv.de/politik/Buergergeld-reicht-nicht-fuer-Stromkosten-article23822995.html), und plant sie eine dahingehende Anpassung?

18. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)
- Inwiefern trägt die Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs zur Einführung einer Bildungs(teil)zeit dafür Sorge, dass negative Erfahrungen anderer Länder mit ähnlichen Regelungen (z. B. Österreich) vermieden werden, und wie plant die Bundesregierung, die Zielorientierung von Qualifizierungsmaßnahmen sicherzustellen und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken?
19. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine Freistellung ihrer Mitarbeiter in Voll- bzw. Teilzeit im Rahmen einer Bildungs(teil)zeit – u. a. bezüglich der Überbrückung der ausfallenden Arbeitsleistung – realisieren können, und wie bewertet die Bundesregierung das Risiko für KMU, dass Fachkräfte nach Abschluss einer Maßnahme nicht in den Betrieb zurückkehren?
20. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Wie können im Rahmen der geplanten Nationalen Online-Weiterbildungsplattform auf den Nutzer zugeschnittene Weiterbildungsangebote empfohlen werden, ohne das staatliche Neutralitätsgebot zu verletzen?
21. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Soll die geplante Stärkung von Tarifbindungen durch Zwänge zur Tarifbindung oder durch die Erleichterung von Allgemeinverbindlicherklärungen oder durch andere Methoden erreicht werden?
22. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tariföffnungsklauseln im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz mit Blick auf das EuGH-Urteil zur Leiharbeit (Aktenzeichen C-311/21) und hinsichtlich der Tatsache, dass diese offensichtlich dazu geführt haben, dass Tarifverträge vereinbart wurden, die entgegen der EU-Vorgaben nicht mit der Achtung des Gesamtschutzes von Leiharbeitskräften vereinbar sind, und plant die Bundesregierung infolge des Urteils und der Gesetzesevaluierung, welche die Wirkung der Einführung einer Überlassungshöchstdauer sowie die Neuregelungen zum Equal Pay kritisch sieht, gesetzliche Änderungen (bitte erläutern)?

23. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung die Rechtsfrage geprüft, welche Möglichkeiten für Betroffene sowie andere Akteure (z. B. Gewerkschaften, Gerichte, Bundesagentur für Arbeit sowie weitere, direkt und indirekt an der Überlassung von Arbeitnehmern beteiligte Akteure und Institutionen) angesichts der bestehenden und nach dem Urteil des EuGH nicht mit Unionsrecht zu vereinbarenden Tarifverträge der Leiharbeitsbranche zur Rechtsdurchsetzung bestehen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, wenn nein, warum nicht, und inwiefern besteht auch für die Sozialversicherungen nach Ansicht der Bundesregierung Handlungsbedarf, da die europarechtswidrig zu niedrigen Leiharbeitsentgelte mit der Abführung zu niedriger Sozialversicherungsbeiträge einhergingen bzw. einhergehen (bitte erläutern)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Waren Berufsheimnisträgerinnen und Berufsheimnisträger von Maßnahmen des Bundeswehrprojekts „Propaganda Awareness“ direkt oder indirekt betroffen, und wenn ja, wie viele?
25. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was unterscheidet nach Einschätzung der Bundesregierung legitime und legale „Kritik an der Truppe“ und Kritik an der Politik der Bundesregierung, beispielsweise im Zusammenhang mit Heizkosten, von Angriffen auf das „Narrativ der Bundeswehr“ und feindlicher Propaganda, die Gegenstand des Projekts „Propaganda Awareness“ des Zentrums für Operative Kommunikation der Bundeswehr ist, und welche Indikatoren fließen in das „Scoring“ des Projekts „Propaganda Awareness“ ein?
26. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitsstunden wurden von Angehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) bisher insgesamt aufgebracht, um den Ergebnisbericht der „Kritischen Bestandsaufnahme für eine Bundeswehr der Zukunft“ zu erstellen, und hat das BMVg dafür auf Unterstützung außerhalb des Bundesministeriums zurückgegriffen, falls ja, wird um Auflistung, welche anderen Stellen bei der Erstellung mitgewirkt haben, gebeten?

27. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung nach mir vorliegenden Informationen die signifikante Senkung von Ausgaben für die wehrtechnische Forschung und Technologie von über 564 Mio. Euro im Jahr 2021 auf nur noch knapp 200 Mio. Euro ab dem Jahr 2024 – also einer Reduzierung von fast zwei Drittel – vorgeschlagen, und sieht die Bundesregierung trotz diesem stark verringerten Mittelansatz die Voraussetzungen gegeben, auch zukünftig Spitzenforschung für die Bundeswehr gewährleisten und umsetzen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

28. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- In welcher Höhe haben nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt in den Jahren 2016 bis 2022 die Bundesländer gesetzlichen Krankenkassen Kosten erstattet, die ihnen durch Schwangerschaftsabbrüche entstanden waren (bitte für die Jahre 2016 und 2022 nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

29. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie lauten die Untersuchungsergebnisse des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr bezüglich des geplanten Ausbaus der Autobahn 4 von Dresden nach Görlitz, auf deren Grundlage der Ausbau nicht weiter verfolgt werden soll (www.dnn.de/lokales/dresden/ausbau-der-a4-zwischen-dresden-und-goerlitz-bund-sieht-keinen-bedarf-HJP3WAVWA6426RTKHN7M2BTREM.html), und in welchem Zeitraum wurde die Untersuchung des Verkehrsaufkommens durchgeführt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

30. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchem Weg wird die von der Bundesregierung angekündigte Energiepreispauschale für Studierende in Höhe von 200 Euro ausgeschüttet, und wann wird dies voraussichtlich erfolgen (www.morgenpost.de/politik/article237329895/energiepreispauschale-studenten-auszahlung-wann-antrag.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

31. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, woher das Öl für die PCK Raffinerie GmbH Schwedt und für die Raffinerie in Leuna ab dem 1. Januar 2023 kommt (bitte nach Herkunftsländern, Kosten und Menge aufschlüsseln, www.heise.de/tp/features/PCK-Raffinerie-Schwedt-Polen-pocht-offenbar-auf-Enteignung-von-Rosneft-7393662.html)?
32. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wie viele Emissionen verursachen die Anlagen, die nicht vom Anhang I zum Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG; www.gesetze-im-internet.de/tehg_2011/anhang_1.html) erfasst wurden, im Vergleich zu den Anlagen, die vom Anhang I zum TEHG erfasst werden?
33. Abgeordneter
Thomas Röwekamp
(CDU/CSU)
- Wie viele der seit Oktober 2021 eingereichten Anträge auf Genehmigung von Handels- und Vermittlungsgeschäften (Teil I A – Rüstungsgüter; endgültige Ausfuhren) sind aktuell noch unbeschieden, und seit wann steht die Bescheidung jeweils aus (bitte die 27 ausstehenden Bescheidungen chronologisch aufsteigend nach Datum der Antragstellung auflisten)?
34. Abgeordneter
Thomas Röwekamp
(CDU/CSU)
- Wie lange dauerte jeweils die Bearbeitung verschiedener Anträge auf Genehmigung von Handels- und Vermittlungsgeschäften (Teil I A – Rüstungsgüter; endgültige Ausfuhren) inklusive Anträgen auf Nullbescheide und Ausfuhranträge in „nicht-kritische Staaten“ seit Oktober 2021 (bitte die Bescheidungen mit den längsten Bearbeitungszeiten chronologisch auflisten)?

35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung angesichts der militärischen Provokationen bzw. Drohungen der Türkei im Mittelmeer gegenüber Griechenland und Zypern, bei denen U-Boote eingesetzt werden könnten (www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-wollen-u-boot-lieferungen-an-tuerkei-stoppen-a-0000000-0002-0001-0000-000173743559), an der Lieferung von Komponenten für U-Boote der Klasse 214 des Herstellers ThyssenKupp Marine Systems GmbH (TKMS) an die Türkei fest vor dem Hintergrund, dass das erste U-Boot der Reis-Klasse im Dezember 2022 seine Probefahrt in der Türkei begonnen hat (<https://gagadget.com/de/198008-die-turkei-beginnt-mit-der-probefahrt-des-ersten-u-boots-der-reis-klasse-das-schwimmen-kan-n-ohne-aufzutauchen/>), und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass nach der 2009 erteilten Herstellungsgenehmigung für sechs U-Boote der Klasse 214, in Form von Materialpaketen für die Türkei (Bundestagsdrucksache 19/2099, Antwort zu Fragen 4 und 5), weder die für einen Export erforderliche Beförderungsgenehmigung zur Ausfuhr gemäß § 3 Absatz 3 in Verbindung mit den Absätzen 1 und 2 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen noch die Ausfuhrgenehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz präjudiziert ist, wobei eine Nichterteilung einer solchen Genehmigung (im Sinne eines Unterlassens) keinen Widerruf darstellen würde (Bundestagsdrucksache 20/4465, Frage 26 f.)?

36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass für die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern durch andere Staaten wie Polen an die Ukraine eine Exportgenehmigung durch die Bundesregierung (Bundessicherheitsrat und sein Vorsitzender Bundeskanzler Olaf Scholz) notwendige Voraussetzung ist (www.rnd.de/politik/polen-will-ukraine-leopard-panzer-liefern-warum-sitzt-olaf-scholz-in-der-falle-UZ4GM24SFVGRLMOPDB46URCF34.html), und sind der Bundesregierung nach wie vor bis zum aktuellen Stichtag keine entsprechenden Vorgänge (Anträge, Genehmigungen) bezüglich ihrer Partner bekannt, die Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine liefern wollen (Reuters vom 11. Januar 2023)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

37. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Sieht der Bundesminister für Arbeit und Soziales, im Lichte der aktuellen Reformen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts hinsichtlich der Erhöhung des Kindergeldes, weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um das aus meiner Sicht akute Problem des massenhaften Abfließens von Kindergeld in das EU-Ausland zu unterbinden, etwa in Form des Angleichens von Kindergeld an die Lebenshaltungskosten vor Ort (vgl. www.berliner-zeitung.de/news/buergergeld-kindergeld-kassenbeitraege-das-aendert-sich-2023-li.299901 und <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/eu-auslaender-kindergeld/>, jeweils zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2022)?
38. Abgeordneter
Axel Knoerig
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, in welchem Umfang Arbeitgeber die Geringverdienerförderung nutzen, die im Jahr 2018 mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz eingeführt wurde (bitte aufschlüsseln nach den Jahren 2018 bis 2022 und der Anzahl der Arbeitgeber)?
39. Abgeordneter
Axel Knoerig
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Anhebung des Geringverdienerförderbetrages, der im Jahr (n. a.) 2018 bei Inkrafttreten des Gesetzes 240 Euro jährlich betrug und ab 2020 auf 288 Euro pro Jahr angehoben wurde, wenn ja, wann, und wenn nein, warum nicht?
40. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Besteht in der Bundesregierung weiterhin das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP verankerte Vorhaben, Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften von ihren Altschulden in einer „gemeinsamen, einmaligen Kraftanstrengung des Bundes und der Länder“ zu entlasten, und wenn ja, wie bzw. wann beabsichtigt die Bundesregierung, dieses Vorhaben in der Legislatur umzusetzen (vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie www.derneuekaemmerer.de/haushalt/altschulden/altschulden-finanzminister-lindner-will-kommunen-entlasten-21728/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

41. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung auch weiterhin, trotz der Kritik aus der Zivilgesellschaft und der in Potsdam übergebenen Petition mit mehr als 15.000 Unterschriften, die Mitnutzung des geplanten Ein- und Ausreisezentrums am Flughafen Berlin-Brandenburg (www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/11/petition-gegen-abschiebezentrum-flughafen-ber-berlin-brandenburg.html)?
42. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie viele Personen aus dem Kreis der seit 2015 nach Deutschland Zugewanderten (ohne Flüchtlinge aus der Ukraine) konnten nach Kenntnis der Bundesregierung seit ihrer Einreise eine in ihrem Heimatland abgeschlossene Berufsausbildung und wie viele ein abgeschlossenes Studium nachweisen?
43. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen über türkische Staatsangehörige verlangen türkische Behörden nach Kenntnis fachkundiger Bundesbediensteter bei Abschiebungen in die Türkei von der Bundespolizei bzw. den verantwortlichen Ausländerbehörden regelmäßig bzw. in besonderen Fällen (bitte genau auflisten) vor dem Hintergrund, dass in der Tageszeitung „DIE WELT“ vom 3. Januar 2023 („Asylzuwanderung von Türken fast verdreifacht“) mit Bezug auf Aussagen eines Beamten berichtet wurde, dass die Türkei als Bedingung für die Ausstellung erforderlicher Reisepapiere oftmals umfangreiche Informationen über abzuschiebende Staatsbürger verlange, darunter den vollständigen Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und gegebenenfalls ein entsprechendes Gerichtsurteil, und welche Informationen stellen die Bundespolizei bzw. nach Kenntnis der Bundesregierung die verantwortlichen Ausländerbehörden der Türkei bei Abschiebungen regelmäßig bzw. in besonderen Fällen zur Verfügung (bitte genau auflisten und entsprechende Rechtsgrundlagen nennen)?
44. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche internen Regeln und Weisungen gibt es diesbezüglich (vgl. Frage 43; bitte genau mit Datum und Inhalt bezeichnen), insbesondere angesichts der hochsensiblen Informationen, die in solchen Bescheiden enthalten sein können, und welche weiteren Staaten, außer der Türkei, verlangen nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Ausstellung von für Abschiebungen erforderlichen Reisepapieren die Herausgabe von Asylbescheiden und/oder Gerichtsurteilen bzw. entsprechenden Informationen?

45. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung das Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes noch für nötig, und wenn ja, warum kann es nicht aufgehoben werden?
46. Abgeordneter
Wilfried Oellers
(CDU/CSU)
- In welcher Weise setzt die Bundesregierung in ihren Behörden ihre spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2019 geltende Pflicht zur Arbeitszeiterfassung um, und inwieweit werden hierbei Unterschiede zwischen Beamten und Angestellten bezüglich der Höchst-arbeitszeiten und der Ruhezeiten gemacht?
47. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung bei den Onlineauftritten ihrer Ämter und Ministerien in den sozialen Medien (Twitter, Facebook usw.) garantieren und sowohl Verarbeitungszwecke, weitere Empfänger, denen diese Daten zugänglich gemacht wurden, und die geplante Speicherdauer für jeden einzelnen Nutzer auf Verlangen offenlegen (www.haufe.de/compliance/recht-politik/dsgvo-auskunftspflicht-zur-speicherung-personenbezogener-daten_230132_541966.html)?
48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele Suchläufe haben die dazu bevollmächtigten Behörden nach Kenntnis der Bundesregierung im gesamten Jahr 2022 mithilfe des Gesichtserkennungssystems (GES) des Bundeskriminalamtes (BKA) vorgenommen (bitte wie in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 92 des Abgeordneten Alexander Ulrich auf Bundestagsdrucksache 20/1679 aufschlüsseln nach Zahlen des BKA, der Bundespolizei und der Landeskriminalämter), und wie viele Personenidentifizierungen haben die Behörden dabei jeweils erzielt?
49. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Inwieweit hat es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren seit 2015 einen Anstieg von Gewalt gegen Lehrkräfte in Deutschland gegeben (vgl. etwa: Lehrerin erstochen – 17-jähriger Schüler in U-Haft, dpa vom 12. März 2023)?

50. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen, die an einem Gedenkmarsch am 7. Januar 2023 in Paris teilnehmen wollten, um der Todesopfer eines Anschlags auf das Kurdistan Informationszentrum (CIK – Centre d’Information du Kurdistan) im Januar 2013 in der französischen Hauptstadt zu gedenken, wurden nach Erkenntnissen der Bundesregierung von der Bundespolizei oder durch Verfügungen der Landespolizeibehörden an der Ausreise gehindert (vgl. <https://anfdeutsch.com/kultur/bundespolizei-verhindert-anreise-nach-paris-35774>), und wie viele deutsche Staatsangehörige wurden dem Bundeskriminalamt im Rahmen seiner Zentralstellentätigkeit durch die Polizeibehörden der Länder seit dem Jahr 2017 gemeldet, die aufgrund von Ordnungsverfügungen an der Ausreise gehindert wurden (bitte jeweils nach Jahren und Anzahl der Betroffenen aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

51. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele Anträge für Schengen-Visa wurden bei den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei in den Jahren 2019 bis 2022 gestellt, und wie viele davon wurden abgelehnt (bitte aufschlüsseln nach Auslandsvertretungen und Jahren)?
52. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Warum hat die Bundesregierung nach meiner Wahrnehmung nicht um die Teilnahme Deutschlands an der 9144. Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 30. September 2022 über die Hintermänner des mutmaßlichen Angriffs auf die Nord Stream-Pipelines am 26. September 2022 gebeten, da derartigen Anträgen nach meinem Eindruck fast immer stattgegeben wird, denn Deutschland hätte ein dringendes Interesse vorweisen können, bzw. hat die Bundesregierung in der Folgezeit den Versuch unternommen oder erwogen, auf eine weitere Sitzung des Weltsicherheitsrates zu diesem Thema unter ihrer Beteiligung hinzuwirken?

53. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung seit den ersten Todesurteilen gegen inhaftierte Teilnehmer von Demonstrationen und den seit Anfang Dezember 2022 erfolgten Exekutionen inklusive teils öffentlicher Zurschaustellung der Körper der Exekutierten in Iran im Einzelnen unternommen, um gegenüber Einrichtungen oder Vertretern der Islamischen Republik Iran in Deutschland auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen und gegen die Vollstreckung der Todesurteile zu protestieren, während gleichzeitig Deutschland wichtigster Handelspartner der Islamischen Republik Iran in Europa ist (<https://de.euronews.com/kultur/2022/12/18/unterstuetzung-konterrevolutionaerer-kreise-bekannte-iranische-schauspielerin-alidoosti-verh; www.spiegel.de/wirtschaft/deutsche-iran-exporte-sind-2022-gestiegen-trotz-protesten-a-16e86f45-6b57-4572-b312-848db778ded4>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

54. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Misst die Bundesregierung dem Gesetz über die Nichtanwendung von Maßgaben des Einigungsvertrages im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (BMJ-Maßgabenbereinigungsgesetz, Bundesratsdrucksache 472/22) noch praktische Relevanz bei, und wenn nein, warum hat sie noch keinen Vorschlag zur Aufhebung dieses Gesetzes gemacht?

